

ESTLAND

ELISABETH BAUER
MILENA VANINI

April 2018

www.kas.de/estland

Im Osten nichts Neues?

DIE ESTNISCH-RUSSISCHE GRENZE: EINE BESTANDSAUFNAHME

In Reaktion auf den Giftgasanschlag auf den ehemaligen russischen Spion Sergej Skripal in Großbritannien beteiligte sich auch Estland an den Sanktionen gegen sein Nachbarland. Die Gefahr einer direkten militärischen Auseinandersetzung gilt als niedrig, aber mehr als 25 Jahre nach der Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit gibt es noch immer kein von beiden Ländern ratifiziertes Grenzabkommen. Die estnische Regierung plant die Errichtung eines befestigten Zauns entlang der temporären Kontrolllinie zwischen beiden Ländern – ihrer de facto-Grenze, die gleichzeitig auch Ende des EU- und NATO-Raums ist. Jetzt hat sich herausgestellt, dass dieses Bauvorhaben mehr als doppelt so viel kosten wird wie ursprünglich kalkuliert.

Kersti Kaljulaid musste den Namen Russlands in ihrer Rede zum 100-jährigen Jubiläum der estnischen Staatsgründung nicht einmal erwähnen. „Wir haben Nachbarn, die im vergangenen Jahrhundert unser Schicksal geteilt haben, und Nachbarn, mit denen wir uns synchron entwickelt haben.“, erklärte die estnische Präsidentin am Abend des 24. Februar im estnischen Nationalmuseum in Tartu. „Wir haben auch einen schwierigen Nachbarn. Aber ein Nachbar ist ein Nachbar. Er wird weiterhin unsere Aufmerksamkeit erhalten, selbst wenn er uns jahrzehntlang enttäuscht hat.“

Seit ihrem Amtsantritt im Oktober 2016 hat Präsidentin Kaljulaid Russland noch keinen Besuch abgestattet. Wie die der meisten europäischen Länder haben sich auch die estnischen Beziehungen zu Russland seit Beginn der Krimkrise verschlechtert. Im Falle Estlands kommt zusätzlich erschwerend

hinzu, dass beide Länder bis heute kein ratifiziertes Abkommen über ihre gemeinsame Grenze haben. In einem Interview mit der Tageszeitung *Eesti Päevaleht* erklärte Kaljulaid, für sie sei die Ratifizierung des aktuellen, Anfang 2014 auf den Weg gebrachten, Abkommens die Grundvoraussetzung für eine Reise nach Russland.

Der Konflikt nach 1991: Es geht um mehr als nur die Grenze.

Eine Ursache für die noch immer nicht abschließend geklärte Grenzfrage liegt im Friedensvertrag von Tartu von 1920, in dem Sowjetrußland die estnische Unabhängigkeit offiziell anerkannte. Vielen Esten gilt das Dokument bis heute als eigentliche „Geburtsurkunde“ ihres Landes. Der Friedensvertrag legte auch das von beiden Seiten anerkannte Gebiet der jungen Republik fest, welches einige größtenteils russischsprachige Gebiete im Osten beinhaltete, darunter beide Seiten des Flusses Narva im Norden und das Siedlungsgebiet der Seto inklusive der Stadt Petseri (auf Russisch *Petschorj*) im Süden.

Nach der Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit 1991 beanspruchte Estland zunächst wieder sein Staatsgebiet, wie dies im Frieden von Tartu festgehalten worden war. Für die Russische Föderation war der Friedensvertrag dagegen mit dem Beitritt der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik zur Sowjetunion 1940 obsolet geworden. Durch innersowjetische Grenzverschiebungen waren beide o.g. Gebiete 1945 wieder an Russland gegangen. Mit der Frage der Grenze ging also auch die implizite Bewertung der Eingliederung Estlands in die Sowjetunion (und seiner rechtlichen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ESTLAND

ELISABETH BAUER

MILENA VANINI

April 2018

www.kas.de/estland

Kontinuität) einher, die für Russland einen legalen Akt darstellte, von Estland dagegen als völkerrechtlich illegale Annexion betrachtet wurde.

Geklärte Grenzen für den EU-Beitritt

Mitte der 1990er Jahre rückten ein möglicher EU- und NATO-Beitritt und die damit verbundene Notwendigkeit der Klärung des Grenzverhältnisses verstärkt in den Fokus estnischer Politik. Im Dezember 1994 erklärte der damalige estnische Ministerpräsident Andres Tarand erstmals, Estland sei bereit, Russland entgegen zu kommen und bei den territorialen Forderungen Zugeständnisse zu machen. Die estnische Verfassung von 1992 berief sich zwar in der Frage der Landesgrenzen in erster Linie auf den Frieden von Tartu, allerdings mit dem Zusatz, dass dieser durch bilaterale Abkommen ergänzt werden könne. Im Gegenzug forderte die estnische Seite von Russland die prinzipielle Anerkennung, dass der Friedensvertrag von Tartu auch weiterhin rechtliche Gültigkeit habe.

Auch ohne rechtliche Klärung des Grenzverhältnisses zu Russland trat Estland am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei. Ein Jahr später unterzeichneten die Außenminister beider Länder die Abkommen über die estnisch-russische Grenze in Moskau. Die Verträge erwähnten den Frieden von Tartu explizit nicht – anderenfalls wären sie wohl gar nicht erst zustande gekommen. Das estnische Parlament ratifizierte die Verträge im Juni 2005. Dabei enthielt das verabschiedete Gesetz über die Ratifizierung auch eine einleitende Erklärung des *Riigikogus*, dass der Friedensvertrag von Tartu auch trotz dieser neu etablierten Grenzen gültig bleibe. Russland stieg daraufhin aus dem Ratifizierungsprozess aus und zog seine Unterschrift von den Verträgen zurück.

Sorgen nach der Krimkrise

Ein neues Grenzabkommen wurde im Februar 2014 in Moskau unterzeichnet, allerdings verschlechterten die Geschehnisse in der Ukraine und Annexion der Krim durch Russland nur einen Monat später die Beziehungen der beiden Länder. Der estnische

Außenminister Sven Mikser sprach von einem Warnruf für Westeuropa, wie gefährlich und unberechenbar Russland sein könne. Estnische Politiker haben seither immer wieder Parallelen zwischen der Annexion der Krim und der Besetzung Estlands gezogen, und Medien weltweit äußerten die Sorge, dass Estland mit seiner signifikanten russischstämmigen Minderheit¹ zum nächsten Ziel russischer Aggressionen werden könne.

Im September desselben Jahres wurde der estnische Sicherheitsoffizier Eston Kohver durch Agenten des russischen Geheimdienstes im Grenzgebiet aufgegriffen und nach Russland verschleppt. Im Januar 2015 berichtete die Tageszeitung *Postimees* erstmals von Plänen des Polizei- und Grenzschutzamtes, einen zweieinhalb Meter hohen und mit Kameras ausgestatteten Zaun entlang eines Großteils der estnisch-russischen Grenze zu errichten. Zuvor hatte bereits der damalige Ministerpräsident Taavi Rõivas auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Grenze besser zugänglich zu machen und deutlicher zu markieren. Während sie im Norden größtenteils entlang Gewässer verläuft – dem Fluss Narva und dem Peipussee – liegt die Grenze weiter südlich in stark bewaldetem Gebiet. Die Kosten für die nun vorgeschlagene Grenzbefestigung wurden auf etwa 70 Millionen Euro geschätzt.

Auch die NATO reagierte auf die estnischen Sorgen. Im Juli 2016 beschloss sie auf ihrem Gipfeltreffen in Warschau die Verlegung von multinationalen Kampftruppen nach Estland, Lettland, Litauen und Polen. Aktuell befinden sich im Rahmen der NATO-Initiative *Enhanced Forward Presence* (EFP) etwa 1000 Soldaten aus Großbritannien, Dänemark und Island in Estland.

¹ Etwa 25 Prozent der Bevölkerung Estlands sind ethnische Russen. Der Anteil russischsprachiger Menschen (Ukrainer, Weißrussen) liegt bei fast 31 Prozent. Siehe: <https://www.bundestag.de/blob/502250/654ef0029bbdbd201739eff87ba11920/wd-2-010-17-pdf-data.pdf>

ESTLAND

ELISABETH BAUER
MILENA VANINI

April 2018

www.kas.de/estland

Grenzzaun wird teurer als geplant

In seinem jährlichen Sicherheitsreport bekräftigte der estnische Auslandsnachrichtendienst Anfang 2018, Russland stelle nach wie vor die einzige wirklich ernstzunehmende Gefahr für die Souveränität der baltischen Staaten dar. Die Gefahr eines direkten militärischen Angriffes wird jedoch als niedrig eingeschätzt.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass sich die tatsächlichen Kosten für die Errichtung und Instandhaltung der Grenzbefestigung auf 184 Millionen Euro belaufen und damit mehr als 100 Millionen Euro teurer werden würden als zuvor veranschlagt. Die Regierung zeigte sich angesichts dieser Entwicklung überrascht, erklärte jedoch, trotzdem an den Bauplänen festhalten zu wollen. Mit einem Abschluss der Bauarbeiten – aktuell sind nur kleinere Testabschnitte fertiggestellt – wird nicht vor 2026 gerechnet.

Ausblick

Russische Politiker, darunter der russische Botschafter in Estland, Alexandr Petrov, haben Estland wiederholt vorgeworfen, mit (verbalen) Angriffen auf Russland für ein politisches Klima zu sorgen, welches die Ratifizierung der Grenzverträge unmöglich mache. Im Januar erklärte der russische Außenminister Sergey Lavrov auf einer Pressekonferenz in Moskau, die anti-russische Rhetorik der estnischen Regierung sei komplett aus dem Ruder gelaufen.

Zuletzt hat die Vergiftung des ehemaligen russischen Spions Sergej Skripal und seiner Tochter in Großbritannien das Verhältnis der beiden Länder strapaziert. Ministerpräsident Jüri Ratas sagte seinen Besuch einer Feier anlässlich des 100. Staatsjubiläums in Russland ab, und wie viele andere europäische Länder verwies auch Estland einen russischen Diplomaten – Militärattaché Oleg Afanasiev – des Landes.

Wann und ob die Grenzvereinbarungen ratifiziert werden, bleibt damit ungewiss. Im Oktober letzten Jahres stimmte das estnische Parlament gegen einen Gesetzesvorschlag der rechtspopulistischen Partei EKRE

(*Eesti Konservatiivne Rahvaerakond*), die ein Ende des Ratifizierungsprozesses gefordert hatte. Die meisten estnischen Politiker sprechen sich weiterhin für die Ratifizierung der Verträge aus, allerdings gibt es im national-konservativen Lager auch Kritik am Abrücken der Grenzen und den territorialen Eingeständnissen gegenüber Russland. Kritik kommt außerdem von der Gemeinschaft der Seto, deren traditionelles Siedlungsgebiet weiterhin durch die Grenze geteilt wird.

Im Dezember 2017 erklärte Außenminister Mikser, obwohl das Land die letzten 26 Jahre ohne Grenzabkommen ausgekommen sei, wäre eine Finalisierung des Prozesses im Sinne des nachbarschaftlichen Verhältnisses und internationalen Rechts sinnvoll, hier müsse nun allerdings Russland den nächsten Schritt gehen. Das estnische Parlament hat seine erste Lesung der Grenzverträge bereits im November 2015 abgeschlossen und wartet seitdem auf Russland.